

Student_innenRat der
Universität Leipzig

Referat für Inklusion
Universitätsstraße 1 , 04109 Leipzig

0341 – 97 37 852
inklusion@stura.uni-leipzig.de

Referat für Gleichstellung und Lebensweisenpolitik
Universitätsstraße 1 , 04109 Leipzig

0341 – 97 37 852
rgl@stura.uni-leipzig.de



Leipzig, den 07. Juni 2019

Pressemitteilung:

Am 28.05.2019 erreichte uns per E-Mail eine Anfrage des Vereins Doña Carmen e. V., der sich nach eigener Aussage für die sozialen und politischen Rechte von Prostituierten einsetzt. In dieser E-Mail bittet der Verein das Referat für Gleichstellung und Lebensweisenpolitik um Unterstützung für den fortwährenden Protest gegen zwei hessische Kommunen, welche die durch §10 Prostituiertenschutzgesetz vorgesehenen „gesundheitlichen Zwangsberatungen“ an den Sozialpsychiatrischen Dienst ihrer Stadt verweisen.

Dabei spricht Doña Carmen e. V. von institutioneller Diskriminierung einer ganzen Berufsgruppe durch die Gleichstellung mit Menschen mit psychischen Erkrankungen. Des Weiteren verweist der Verein auf die Verfolgung von Prostituierten in der Zeit des Nationalsozialismus – unter anderem auch durch die Mithilfe von Vertreter_innen der Psychiatrie.

Nun kann man verschiedener Ansicht über Sinn und Unsinn einer solchen Regelung sein. Ob das Personal der Psychosozialen Dienste in diesen beiden hessischen Kommunen die notwendige medizinische Expertise mitbringt, um diese Beratungen in adäquater Weise durchzuführen, können wir aus der Ferne nicht beurteilen. „Ganz entschieden aber wollen wir der Argumentation durch Doña Carmen e. V. widersprechen“, so Femke Opper, Referentin für Inklusion am Student_innenRat. „Der Tonfall mit welchem in der Anfrage durch Doña Carmen e. V. über Menschen mit Behinderung oder psychischen Krankheiten gesprochen wird, ist unnötig, die Inanspruchnahme der selben staatlichen Institution nicht zwangsläufig gleichbedeutend mit Diskriminierung“, so die Referentin weiter: „Für uns ist es nicht verständlich, wie ein Verein, der sich für die Sichtbarmachung und die Rechte einer marginalisierten Gruppe kämpft, gleichzeitig in einer solchen Art und Weise über eine andere Gruppe reden kann. Soziale und politische Rechte sind kein Verteilungskampf! Wir erstreiten sie gemeinsam oder gar nicht. Darüber hinaus verwehren wir uns gegenüber der Gleichsetzung von NS-Verfolgungsapparat mit dem heutigen psychiatrischen System in der Bundesrepublik, welches ein wichtiger Teil der Gesundheitsversorgung ist und keinesfalls Teil eines totalitären Vernichtungssystems.“

Der Referent für Gleichstellung Michael Schiefelbein dazu: „Eine Kampagne, die mit falschen und teils menschenverachtenden Argumenten geführt wird, werden wir nicht unterstützen, auch wenn das Ziel grundsätzlich unterstützenswert wäre.“